Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 52. VI. BAND 1. März 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.



Nr. 52. 1. März 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Jenseits der Front.

Die drei und einhalb Millionen Polen, die sich noch unter russischer Herrschaft befinden, führen ein politisch inhaltsreiches, aufgeregtes Leben. Von der Intensität dieses Lebens zeugen folgende Tatsachen (nach der in St. Petersburg herausgegebenen Zeitschrift „Sprawa Polska", Nr. 3 vom 15./28. Januar d. J.): es erscheinen gegenwärtig in polnischer Sprache 2 Tagesblätter in St. Petersburg („Der neue Courier" und „Polnisches Tageblatt"), 2 Tagesblätter in Moskau („Das polnische Echo" und „Polnische Zeitung"), 1 Tageblatt in Kijów („Kijower Tageblatt"), 1 Tageblatt in Mińsk („Der litauische Kurier"), illustrierte Wochenblätter in Moskau („Illustrierte Nachrichten"), in St. Petersburg („Die polnische Stimme"), in Kijów („Die Morgenröte"). in Odessa („Odessaer Wochenblatt"). Ein eminent politisches Wochenblatt ist die in St. Petersburg erscheinende, nationaldemokratische „Sprawa Polska" („Die polnische Frage"). Es erscheinen ferner wissenschaftliche Monatsschriften in St. Petersburg, in Moskau, in Kijów. Eine Anzahl von Zeitschriften in populärer Form für das Volk und die Kinderwelt vervollständigen dieses Bild eines bewegten Gedankenlebens, das in erster Reihe von Sorge und banger Erwartung für das nationale Heil erfüllt ist.

Leicht begreifliche Ursachen verbieten uns das Besprechen der Richtungslinien dieser Presse; manche Blätter zeichnen sich durch eine unglaublich kritische Offenheit aus. Diese offene Sprache, wie auch ver-

schiedenes anderes Material, das über die russische Grenze zu uns gelangt, ermöglichen uns, ein Bild der Ideenwelt der unter russischem Zepter verbliebenen Polen aufzuzeichnen.

Sie leben also alle unter dem mächtigen Eindruck des Zweikaisermanifestes vom 5. November 1916. Manche polnische Zeitungen haben kein Blatt vor den Mund genommen und sprechen ganz offen ihre Meinung über die Tragweite der von den Zentralmächten vorgenommenen Lösung, wie auch ihre Gefühle dem polnischen Staatsrat gegenüber aus. Nicht ohne Interesse werden die Ansichten sein, die über manche Mitglieder des Staatsrates in Moskau herrschen. Im dortigen Tageblatt „Echo Polskie“ schreibt der berühmte Dumaredner Lednicki: „Es ist eine ungemein bedeutungsvolle Tatsache, dass die Leitung zweier immer sehr wichtigen, und für ein aufzubauendes Land desto mehr wichtigen Ministerien, der Volksaufklärung und des Schatzes, in die Hände von Landwirten gelegt worden sind. Prof. Mikułowski-Pomorski, der an die Spitze des Departements für Volksaufklärung gestellt ist, ist in den landwirtschaftlichen Kreisen ganz Polens als ein Mann von grossem allgemeinen und Fachwissen bekannt, er ist ein ausgezeichneter Lehrer, ein glänzender Organisator wissenschaftlicher und kultureller Arbeit und ein Mann konservativer Denkungsart — von jenem konservativen Typus, der nichts gemeinsames hat mit politischer und sozialer Reaktion — er wird keine Politik in das Aufklärungswesen einführen, mit Ausnahme solcher, die dort hineingehört: nämlich der Politik, die die Erziehung aufgeklärter und tüchtiger Staatsbürger zum Zwecke hat.

„Der Leiter des Schatzwesens, Stanisław Drzierzbicki, ist gleichfalls ein Landwirt. Er ist ein vorzüglicher praktischer Nationalökonom, er war einer der Hauptorganisatoren des landwirtschaftlichen Versicherungswesens und hat überhaupt an allen, mit der praktischen Landwirtschaft verbundenen Fragen einen tätigen und nützlichen und oft auch leitenden Anteil genommen.

Unserer Ansicht nach zeugt dies von einer möglichst guten, zukünftigen, staatlichen Finanzwirtschaft. Nicht das fiskalische Interesse, sondern das wirtschaftliche Interesse soll eine gesunde Finanzpolitik leiten. Kein Finanztechniker, sondern ein Na'ionalökonom ist in der Lage, sie am besten zu führen.

„Der Wiederaufbau der Landwirtschaft ist gegenwärtig die allerwichtigste Frage des polnischen Wirtschaftswesens. Der Wiederaufbau der zum Ruin gebrachten Industrie ist eine sehr dringende und brennende Frage, aber man muss sich gleichzeitig vergegenwärtigen, dass man die Industrie nur dann wiederaufrichten und entwickeln kann, wenn die Landwirtschaft wieder aufgebaut sein wird, und dass die polnische Industrie sich vor allen Dingen auf den inneren Markt, also auf einen wohlhabenden Bauernstand stützen kann und dann existieren wird. Selbst die Eisenhüttenindustrie wird, abgesehen von Staatsbedarf — dem Bedarf der Eisenbahnen, der Brücken und der Militärverwaltung, — in erster Linie in der Landwirtschaft ihren Abnehmer finden.

„Keiner von diesen beiden Landwirten ist ein Agrarier, beide sind Organisatoren der Landwirtschaft.

„Eine bedeutungsvolle, geradezu prophetische Wahl wurde getroffen, indem man die Leitung des Justizwesens Stanisław Bukowiecki anvertraut hat.

„Das Schicksal hat ihm die Themis-Binde über die Augen gelegt. Aber das Auge des Geistes, besonders das am meisten subtile, moralische Auge, das bei den Menschen oft so abgeschwächt wird, ist bei ihm, vielleicht gerade deshalb, umso feinfühliger geworden.

„Selbst seine erbittersten politischen Gegner empfanden für ihn immer die grösste Hochachtung. Seine fleckenlose moralische Reinlichkeit, die unbedingte Aufrichtigkeit seines politischen, nationalen Glaubens zwang sie dazu.

„Die Organisation des polnischen Gerichtswesens ist eine ungemein wichtige Angelegenheit. Von ihr

hängt in bedeutendem Masse das Gesunden des sozialen Organismus ab. Glänzende Juristen haben Polen nie gefehlt und fehlen im auch jetzt nicht. Aber die Stellung des Leiters des Justizwesens fordert nicht in erster Linie Rechtswissen, sondern vor allem einen weit umfassenden sozialen Gedanken und ein grosses, soziales Herz. Und deshalb glauben wir, dass man keine bessere Wahl hatte treffen können.

„Der an der Spitze des Departements für Volkswirtschaft stehende Stanisław Janicki ist Besitzer des Rittergutes Ulęż, im Siedlcer Land, bei Dęblin.

„Der Vorbildung nach Wasserbauingenieur, gehört Janicki zu den hervorragendsten polnischen Landwirten. Er ist zugleich ein vorzüglicher Organisator und Administrator und hat besonders als Viehzüchter sich lebhaft und tätig am öffentlichen landwirtschaftlichen Leben beteiligt.

„Bei dem Eisenbahnunglück vor mehreren Jahren zwischen Włochy und Warschau, bei dem u. A. auch der bekannte Romanschriftsteller Reymont verunglückt ist, hat Janicki ein Bein verloren."

In diesem Ton urteilt Lednicki in Moskau über die Mitglieder des von den Okupationsbehörden eingesetzten Polnischen Staatsrates.

Aber auch die geschlossenen Gegner der Zweikaiserproklamation und der Anlehnung Polens an die Zentralmächte, die aus taktischen Gründen gegen das Manifest Stellung genommen haben, haben sich bald eines Besseren belehren lassen. Die Tragweite der Tatsache, dass die Zentralmächte das Recht Polens auf eine staatliche Selbständigkeit anerkannt haben, lässt sich nicht verkleinern — und das zwang auch die Nationaldemokraten zur prinzipiellen Frontänderung. Sie haben nun alle das Autonomieprojekt Nikolaj Nikolajewitschs fallen lassen. Im Lichte des von den Zentralmächten aufgestellten Programmes verblasste die Herrlichkeit des Nikolaj Nikolajewitsch wie eine Talgkerze. Nikolaj Nikolajewitsch ist bei den Polen in Russ-

land ein toter Mann, nur die von ihm in Aussicht gestellte Ausdehnung und Vereinigung Polens übt Eindruck aus. Auf diesem Boden wird der Kampf zwischen den in Russland lebenden Parteien ausgefochten. Das Organ der Nationaldemokratie „Sprawa Polska" (No. 5) schreibt:

„Angesichts der tragischen Gestaltung der Zukunft Polens sind in der öffentlichen Meinung zwei Stellungnahmen möglich.

„Es sind solche da, die an die Möglichkeit einer Besiegung der Deutschen nicht glauben, die bereit sind, in die deutsche Lösung der polnischen Frage einzuwilligen und diese Lösung für die endgiltige Lösung der polnischen Frage anzusehen. Sie verlangen im Augenblick nichts mehr, wie ein selbständiges Polen auf dem Gebiete des begrenzten Kongress-Polens und ersehnen als höchstes lediglich die Vereinigung Galiziens mit diesem unabhängigen Polen; es sind dies die Anhänger der preussisch-deutschen Aussöhnung.

„Diese Aussöhnung vertreten und betreiben diejenigen Elemente, die im Lande dem provisorischen Staatsrat beigetreten sind, die eine polnische Armee aufstellen und dieselbe gegen Russland führen wollen.

„Ausserhalb der Grenzen des Landes gehören zu den Anhängern der polnisch-preussischen Aussöhnung alle diejenigen, die die Bedeutung und die Würde des Staatsrates unterstreichen wollen und selbst ausserhalb der Grenzen der Zentralmächte nichts zu schreiben und nichts auszusprechen wagen, das den Interessen Preussens widersprechen könnte.

„So der realen Wirklichkeit Rechnung tragend, halten sie die preussische Lösung der polnischen Frage für das Maximum dessen, was Polen in diesem Kriege erreichen kann.

„Ausserdem besteht noch eine grosse Majorität des Volkes, die sich mit einem Polen ohne Posen nicht zufriedenstellen wollen und die fest glauben, dass der grosse Völkerkrieg, dessen Zeugen wir sind, zur Besei-

tigung der polnischen Teilungen führen muss und dass die neuen preussischen Teilungsprojekte keine Wirklichkeit werden."

Selbstverständlich sieht diese Partei die Majorität immer dort, wo sie sie erblicken möchte.

Moralisch ist die nationaldemokratische Partei übrigens geschlagen; war sie doch jahrelang Anhängerin der Autonomieprojekte, von denen jetzt kein Pole etwas wissen will. Sie schlägt sich daher auf die Brust und schwört auf die Idee der polnischen Staatlichkeit. Die linksstehenden polnischen Parteien verlangen aber mehr; mehrere ihrer Blätter fordern klipp und klar die Unabhängigkeit.

Nicht geringer war der Eindruck des Zweikaisermanifestes auf den russischen Hof. Der Zar beeilte sich am 5. Januar dem Grafen Wielopolski die Phrase von der dem vereinigten Polen zu erteilenden selbständigen Staatsverfassung, mit eigenen gesetzgebenden Kammern und einer eigenen Armee hinzuwerfen. Die Freude der Russophilen stieg ins Unermessene, aber bald kamen kalte Wasserstrahlen der Kritik. Es fanden sich polnische Blätter, die ganz offen ein Misstrauensvotum dem — Grafen Wielopolski aussprachen. Was Graf Wielopolski uns mitteilt, behaupten sie schroff, — ist seine Privatmeinung. Er besitzt für die Richtigkeit und Durchführbarkeit seiner Behauptungen keine Garantie. Es besteht kein staatsrechtlicher Akt, der uns zum Optimismus bezüglich der russischen Absichten und deren Ausführbarkeit berechtigen könnte. Die Wirklichkeit veranlasst uns eher zu Skeptizismus, lebt doch in Russland bis heute eine Bande von besoldeten Beamten, die auf den Zeitpunkt ihrer Rückkehr in das gelobte Land Polen warten. Sogar der langjährige Führer der Aussöhnungspartei, Herr Piltz, erklärte Ende Januar d. J. dem Vertreter der „Russkaja Wolja": Die Erklärung des Grafen Wielopolski hat eine grosse Bedeutung, denn sie beseitigt alle Zweifel, die man bezüglich der russischen Auffassung über

den Begriff des „freien und unabhängigen Polens“ hatte. Im gegenwärtigen Augenblick gibt es keine polnische politische Partei, die der Ansicht sein könnte, dass die Umgestaltung Polens in eine autonome russische Provinz irgend jemanden zufriedenstellen würde, und dass dies für eine Lösung der polnischen Frage angesehen werden könnte. In einer besonders schwierigen Lage befinden sich diejenigen Polen, die in Russland verbleibend, noch der Ententeorientierung anhängen zu müssen glauben. Russland könnte, so meint Herr Piltz, einen Beweis seiner Aufrichtigkeit gegenüber den Polen ablegen, wenn es die Liquidierung des Personalstandes der ehemaligen russischen Beamtenschaft in Polen in Angriff nehmen würde.

Dieser Druck der öffentlichen Meinung der Polen war so stark, dass die russische Regierung sich gezwungen sah, den dem dolce far niente ergebenen Gouverneuren Polens den Rat zu erteilen, um ihre Demission einzukommen.

Tiefer fasste die Lage der englische Botschafter auf.

Herr Buchanan ist jetzt eigentlich der wirkliche Diktator Russlands. Dieser gescheite Mann fühlt sich am meisten von der bevorstehenden Aufstellung einer polnischen Armee gegen Russland beunruhigt. Diese Armeefrage ist vornehmlich eine politische und internationale Angelegenheit, — von letzterem Standpunkt ebenso wichtig, wie vom militärischen, vielleicht noch wichtiger. Der englische Botschafter und der ihm ergebene Ex-Minister Sasonow sahen also keinen anderen Ausweg, als die vom Zaren in einem Privatgespräch gesagten Worte durch einen gesetzlishen Akt öffentlich zu bekräftigen. Daher die Idee einer neuen Kommission zur Regelung der Polenfrage.

Die darüber herrschende Meinung schildert der St. Petersburger Korrespondent des „Temps“ folgendermassen:

„Nach der Verfügung des Zaren soll die polnische

Kommission vor allem das Statut des zukünftigen polnischen Staates ausarbeiten und sein Verhältnis zum russischen Reiche festsetzen.

„Die russische und polnische Presse erkennt die grosse Wichtigkeit dieser Konferenz an. Die polnischen Zeitungen machen wegen dem Fehlen polnischer Mitglieder in dieser Konferenz einige einschränkende Bemerkungen, aber sie hoffen, dass sie zur Ausarbeitung der zukünftigen politischen Organisation Polens berufen werden. Die russische Presse wiederum fragt nach der Rolle der russischen Duma bei der Gestaltung des neuen polnischen Staates.

„Ueber die Bedeutung der Konferenz sprach sich der Minister Pokrowskij dahin aus, dass dieselbe die Grundlage des zukünftigen Polens aufbauen soll. Sie wird keine besonderen Instruktionen erhalten, sondern sie wird durchaus selbständig das Programm und den Charakter der zu erörternden Fragen festsetzen können.

„Der Staatssekretär Kryżanowskij meinte, dass die Konferenz nicht eine Fortsetzung der durch Goremkyn eingeleiteten Besprechung darstellt, sondern dass sie ein Ergebnis der Unterredung des Zaren mit dem Grafen Wielopolski ist. Der Staatssekretär Kryżanowskij will ein Kommentar zu dem Manifest des Zaren an die Armee ausarbeiten, in dem zwei Ziele gewiesen worden sind: die Dardanellen und die Befreiung Polens.

„Der Oktrobrist Gutschkow erklärte, dass diese Verfügungen einen entscheidenden Schritt bedeuten sollen zur Lösung der polnischen Frage. Die Konferenz hat jedoch nur vorbereitende Arbeit zu leisten, die eigentliche Entscheidung wird dem Parlament überlassen werden.

„Das Dumamitglied Schingarew erklärte, dass man erwarten müsse, dass das Organisationsstatut Polens auf gesetzgebenden Wegen ausgearbeitet werde. Eine Umgehung der Duma würde einen scharfen Protest zur Folge haben."

Der Inhalt dieser Depesche des Korrespondenten

der „Temps" charakterisiert vortrefflich die Zerfahrenheit und die Kopflosigkeit der russischen Politik.

Die Kommission sollte die Zusage des Zaren in eine gesetzgebende Form kodifizieren. Nun entstehen aber Schwierigkeiten von zwei Seiten; seitens der Feinde des englischen Botschafters und seitens mancher Liberalen. Ein Teil der letzteren entdeckte sein konstitutionelles Herz und verlangt die Zuweisung der polnischen Angelegenheit an die Reichsduma. Die Kadettenpartei ist gegenwärtig in der Auffassung der polnischen Frage gespalten. Eine bedeutende Minderheit tritt dafür ein, dass die Partei die Forderung der Polen nach vollständiger Unabhängigkeit unterstützen solle, während die Mehrheit erklärt, die Partei stehe auf dem Standpunkt, dass die Polenfrage eine innere Angelegenheit Russlands sei. Um diesen Standpunkt zu ändern, müsse ein Parteitag einberufen werden. Die Minderheit hat demgegenüber geltend gemacht, dass die Polenfrage durch die Proklamation der Mittelmächte und durch den Verlauf des Krieges einen anderen Charakter erhalten habe. Deshalb müsse die Partei für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker in Russland eintreten. Die Minderheit, so melden die neuesten Berichte, gewinnt mit ihren Anschauungen immer mehr an Boden und an Anhängern; die Abhaltung eines Parteitages wird für unvermeidlich gehalten, das scheint von Herrn Miljukow der allmächtige englische Botschafter verlangt zu haben. Wird er seinen Willen durchsetzen? Das Kadettenorgan „Retsch" schrieb am 28. Januar d. J.: „Der Verzicht Russlands auf Polen ist notwendig nicht nur zur Bildung eines wirklich unabhängigen Polentums, sondern auch zur Schaffung aus dem polnischen Volke einer Kraft, die von Oesterreich-Deutschland abhängig ist".

Das liberale Blatt denunziert also die in Russland lebenden Anhänger der Unabhängigkeit Polens als Vorkämpfer für die Zentralmächte. Mit anderen Worten, es behauptet, dass die Unabhängigkeit Polens im Inter-

esse der Zentralmächte liegt. Diese Meinung ist sehr beachtenswert.

Dieses Brodeln im russischen Kessel, der von englischer Kohle gebeizt wird, wird selbstverständlich nur Dunst ergeben, der sich in der Luft auflösen wird. Wichtig aber ist die Tatsache, dass sämtliche Polen einig sind in der Erkenntnis und in dem Bestreben nach der staatlichen Unabhängigkeit der Nation, ferner darin, dass die polnische Frage längst aufgehört hat, eine interne russische Angelegenheit zu bilden und einen eminent internationalen Charakter erlangt hat.

Und das allerwichtigste ist, dass die Russen aus Polen vertrieben sind und dass die Zentralmächte im Einvernehmen mit den Vertretern der befreiten Nation die von der Entente zu Spekulationszwecken gebrauchte polnische Frage einer reellen Lösung entgegenführen. Die Tatsachen, die wir bereits erlebt haben und die uns — im Sinne der vollständigen Selbständigmachung des polnischen Reiches — bevorstehen, sind die beste Antwort auf die schaukelnde, demagogische und unreelle Politik Englands und Russlands, wie auch ihrer verblendeten polnischen Anhänger.

Neuere Russen-Literatur.

(Schluss.)

Gemäss dem russischen Schaukelsystem selbst wenden wir uns von der äussersten Rechten, von dem anglophoben Bulazel, von dem anglophilen Purischkewitsch usw., zur äussersten Linken. Was sagt der unentwegte Marxist, der mit deutschen Sozialdemokraten einst so intim verkehrte und deutsch schrieb — Plechanow, der Vater des russischen Marxismus und sein orthodoxester Bekenner? In zweiter Auflage liegen seine Briefe: „Vom Kriege“ vor. Hätte Plechanow einfach — menschlich gesagt: ich bin Russe und wünsche daher meinen Russen den Sieg, bin kein „porażenec“ d. h. ein Russe, der Russen Niederlagen wünscht in

der Aussicht auf dadurch bedingte Reformen, so hätten wir dies ohneweiteres verstanden und gebilligt; französische oder englische Sozialdemokraten bis zu einstigen Anarchisten und Antimilitaristen hinunter machen es ja nicht anders. Aber dem doktrinären Marxisten, dem Masaryk vergebens etwaige revisionistische Tendenzen unterschob, konnte natürlich diese Selbstverständlichkeit nicht genügen und er konstruiert sich folgendes Schema: nach dem bekannten marxistischen Rezept muss Russland die Evolution durch den Kapitalismus hindurch machen, bevor es in das sozialistische Paradies eintreten wird; es darf also nichts seine unentbehrliche und unwiderrufliche kapitalistische Evolution stören. Russlands Niederlage würde es jedoch in dieser Evolution nicht nur stören, sondern stark zurückwerfen; folglich muss man im Interesse des sozialistischen Zukunftsideals den heutigen Sieg Russlands erflehen. Das ist das eine Moment; aber für Plechanow entscheidet noch ein anderes. Marx und Engels haben den reinen Verteidigungskrieg ohne weiteres erlaubt, aber Deutschland führt einen reinen Angriffskrieg, folglich wäre es Pflicht der deutschen Sozialdemokratie gewesen, diesen ungerechten Krieg zu verhindern, wäre sie nicht bereits ganz imperialistisch verseucht. Diese beiden Hauptgedanken werden mit steten Wiederholungen breitgetreten. Plechanow spricht wohlweislich nur von dem „überfallenen“ Belgien und Frankreich und erwähnt mit keinem Sterbenswörtchen seines lieben Vaterlandes, wer denn der eigentliche Angreifer war und was das „Einkreisen“ zu bedeuten hatte. Statt dessen wundert er sich gar sehr, warum die neutralen Sozialdemokraten nicht in den Verdammungschorus gegen Deutschland einstimmen wollen; wir wissen, warum: weil sie eben objektiver urteilen. Das Amüsante ist dabei zu sehen, wie leicht der hartgesottenste Objektivismus (und Plechanow ist ja Zeit seines Lebens nur in dessen Namen aufgetreten und hat nie etwas anderes daneben gelten lassen), an dem subjektivsten

Empfinden gleich in die Brüche gegangen ist, wo es sich ums eigene Land handelte — ein tröstliches Zeichen, dass Patriotismus doch kein überwundenes Gefühl ist, auch beim überzeugtesten Klassenkämpfer nicht. Seine Polemik gegen Frank, Südekum, Haase u. a. ist ganz einseitig: sehet, dahin führt der Revisionismus, zum Abfall vom sozialdemokratischen Ideal; oder: der deutsche industrielle Imperialismus ist für die Welt ungleich gefährlicher, als der ungeschlachte russische u. dgl. Ein gar lederner Vergleich schliesst seine Ausführungen: „lasst uns (zur Erreichung unseres Endzieles) aufklären, denn nicht diese unwissenden Kreuzfahrer erreichten Pälästina, die beim Anblick jeder neuen Stadt „Jerusalem" rufen wollten, sondern nur die, die Geographie kannten". Wir können Plechanow versichern, dass etwas ganz anderes, nicht die Geographiekenntnisse, Kreuzfahrer nach Jerusalem gebracht hat — etwas, was sein „Objektivismus" nie in Rechnung zu setzen pflegte, was aber tausendmal entscheidender ist als alle Kenntnisse, nicht nur die der Reiseroute nach Palästina.

Dass wir dem etwas rasch gealterten Marxisten kein Unrecht antun, indem wir ihn verbohrter Einseitigkeit und ungerechtester Voreingenommenheit zeihen, beweist der Absatz, den er Polen widmete. Finis Poloniae, klagt er; falls Deutschland siegt, würde es sich Polen aneignen, aber nur ein leeres Land, denn es würde die Bevölkerung zur Auswanderung nach dem Osten zwingen, ein Paar Gouvernements dazu räumen lassen, was bei dem bekannten Wandertrieb der Russsen nicht schwer fallen könnte (S. 70). Seine Voraussagen haben sich ja glänzend bewährt, nur haben das Wegtreiben der Polen und das Schaffen einer Wüste die lieben Russen höchst eigenhändig für sich selbst besorgt, und es war nur Schuld des raschen Vordringens der Deutschen, dass sie dies nicht noch viel gründlicher tun konnten, um Raum für Grossrussen zu schaffen, aber Polen wegzuschaffen. Und ebenso beurteilen wir

seine andern Konzeptionen: das „Streikbrechertum“ der deutschen Sozialdemokratie (und wie ist es denn mit der französischen bestellt?), ihren Imperialismus (und wie steht es mit dem englischen?) u. dgl. m. „Berücksichtigung von Ort und Zeit“ verlangt Plechanow — aber nur für die eine Partei! Und das ist das bezeichnende — Plechanow's Beispiel ist ja massenhaft geworden: die russische Sozialdemokratie denkt an keine Revolution; sie denkt nur an die Vernichtung des Feindes d. h. nicht der Reaktion etwa, sondern nur an die Vernichtung Deutschlands.

Die Schrift von A. Morskoj, „Russlands Kriegsmacht“ usw. (Petersburg 1915), ist durch einen deutschen Auszug bekannter geworden, aber dieser Auszug berücksichtigt nicht die drei letzten Kapitel, die von einem Anhänger Wittes verfasst, manches interessante aus Wittes Munde mitteilen. Im 4. Kapitel berichtet Morskoj nach Kuropatkin über Mittel, die Schlagfertigkeit der russischen Armee zu erhöhen: uns interessiert eine Angabe, die für 1900 gemacht, noch heute aktuell ist. Damals zählte das gesammte Landheer über 600000 Mann aus „Fremdvölkern“, aber ausdrücklich hebt Kuropatkin hervor, dass diese Polen (7,2 %), usw. absolut verlässlich sind: „die Armee ist der Riesenkessel, in dem die verschiedenen Nationalitäten gekocht und geläutert werden, um als Ergebnis des vierjährigen Siedens in der Feueresse, die wunderbare Masse des russischen Soldaten zu bilden“. Kap. 5 verteidigt die russische Finanzverwaltung gegen Kuropatkin's Vorwurf, für das Heer geknausert zu haben; zeigt namentlich die gewaltigen Anstrengungen nach dem japanischen Krieg und beruft sich auf die Broschüre von Müller-Brandenburg, „Russland und wir“, 1914, die vor jeder Unterschätzung Russlands energisch warnte. Das Kapitel schliesst mit Ausführungen aus Wittes Gesprächen (ein paar Monate vor seinem Tode). Witte war früher stets der Ansicht, dass ein franko-deutsch-russisches Bündnis den Frieden und die Herab-

setzung der Kriegslasten ermöglichen würde und 1905 schien ihm in Rominten beinahe die Möglichkeit dafür erreicht. Der Krieg hätte jetzt zu Russlands Vorteil, dessen Kräfte ja stündlich wuchsen, verzögert werden sollen; in Frankreich und England, ungleich weniger in Russland, wisse man, wofür man kämpfe; aus dem was vorgeht, wird England den grössten Nutzen ziehen; auf Grund des Kräfteüberschlages ist die Vernichtung der Mittelmächte und zwar eine baldige, unvermeidlich. Das 6. Kapitel handelt über die Aussichten des heutigen Krieges auf Grund der Ausführungen von Bloch; wir erfahren, dass auf Wunsch Alexander III Bloch einen Auszug seines vierbändigen Werkes drucken liess, der stets auf dem Schreibtisch von Nikolaus II lag; ausserdem ein paar interessante Reminiszenzen an Vorgänge von 1905 aus Wittes Angaben, deren Authentizität wir dahingestellt sein lassen. Morskoj offenbart zu Ende seiner Schrift auch eigene Gedanken: nach ihm wird das „Vernichtungsspiel“ vielleicht keinerlei entscheidendes Resultat ergeben; die Einzelerfolge werden nicht von Dauer sein. Das weniger kultivierte Volk wird die Niederlagen leichter hinnehmen. Der russische Ackerbaustaat kann, zumal bei seinem Klima und bei seinen Dimensionen, den Krieg ungleich leichter ertragen als zivilisierte Länder.

Natürlich fehlt es nicht, neben diesen allgemeiner gehaltenen Erörterungen, an allerlei Spezialliteratur, in russischer, wie in der Sprache der Ententeländer, die sich ihre Russenbegeisterung, namentlich in England zurechtlegen und beweisen müssen; ihr apologetischer Ton macht eine nähere Besprechung überflüssig. Nur ein und das andere verdient wegen einzelner bezeichnender Züge Erwähnung, z. B. des Dumaabgeordneten und Moskauer Professors Iwan Ozerow: Problèmes économiques et financiers de la Russie moderne, Paris-Lausanne 1916, weil diese Schrift nach einem grellen Ausmalen der Rückständigkeit Russlands auf allen Gebieten auf Grund der verschiedenartigsten statistischen

Angaben in die für einen Russen ganz unerwartete Behauptung ausläuft, an dieser Rückständigkeit trage die unvernünftige, Russlands eigenste Interessen schwer schädigende Zurücksetzung der Juden Schuld; Verfasser fordert energisch die Aufhebung aller Schranken. Man staunt geradezu, zumal wenn man jüngste deutsche Kundgebungen (z. B. Schmollers) berücksichtigt, vor folgenden Worten: Ce pays (Russie) a besoin de Juifs comme il a besoin de capitaux; les premiers sont encore plus nécessaires, puisqu'ils apporteront avec eux les capitaux et l'énergie (S. 169); oder S. 168: La Russie doit être pour lui (le Juif) une véritable mère; fidèle à son idéal éternel en même temps qu'elle donnera aux Polonais la liberté de langue et de religion ainsi que l'autonomie elle libérera de ses chaînes la population juive etc. Ich fürchte nur, dass hierbei der Wirtschaftler dem Politiker das Konzept verdirbt; jener erkennt in dem Juden ein Exzitans für den „schläfrigen" Russen (S. 153), beneidet den Juden seine organisatorischen und industriellen Fähigkeiten — auf diesen beruhe Nordamerikas phänomaler Aufschwung (ebds.), betont dessen heutige betätigte Vaterlandsliebe für Russland — doch wird er auch beim Politiker Liebe und Verständnis finden?

Botschkarew in der populären Schrift „Russland und Deutschland" hat sich, einer der wenigen, der beliebten Gegenüberstellung der östlichen und westlichen Welt enthalten: „la civilisation allemande, déjà mûre et celle de peuples slaves qui est de l'avenir" sagt sogar I. Ozerow S. 157 — und auf welcher Seite steht denn französische und englische Zivilisation, die doch ebenso „déjà mûre" sein dürfte wie die deutsche? Botschkarew verweist mit triftigeren Gründen auf den Gegensatz der Handelsinteressen im nahen Osten, der den Abgrund zwischen beiden geschaffen hat; auf die Tendenz Deutschlands, die Ostsee zu einem deutschen Binnenmeer zu gestalten; Russlands wirtschaftliche Abhängigkeit zu erhalten. Aber das geeinte Polen wird

ein Bollwerk uns gegen Deutschland werden und die Befreiung auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet wird uns die Waffen liefern, mit denen wir den friedlichen Kampf mit Deutschland aufnehmen werden.

M. Bogolepow's Aufsätze aus dem offiziellen „Finanzboten", als besondere Broschüre herausgegeben, behandeln die Frage, ob Steuern oder Anleihen zur Finanzierung des Krieges zweckdienlicher wären und endigen mit einem Appell an die Opferbereitschaft des Landes in der Form einer ausserordentlichen Kriegsumlage („Krieg, Finanzen und Volkswirtschaft", Petersburg 1914).

Engländer versuchen ihren Landsleuten die russische Freundschaft annehmbarer zu machen; der eine, Denis Garstin, schreibt „Friendly Russia" d. i. Feuilletone zumal aus einem Aufenthalt in der Krim, süsslichfade; I. Mackail erklärt, was Russland bisher der Welt gegeben hat (in Wissenschaften und Künsten: Russia's gift to the world); Fr. Skrine gibt von neuem seine „Expansion of Russia" aus, eine Geschichte Russlands im 19. Jahrhundert, mit einer Huldigung den Familientugenden aller Zaren, die nur zum Lachen reizt usw. Die Engländer scheinen doch die russische Freundschaft gar sehr zu brauchen und in ihren Mitteln sind sie nie wählerisch.

Das deutsch geschriebene Buch von Dr. F. Lifschitz, „Russland", Zürich 1916, ist eine Apologie Russlands, eine Selbstberäucherung als Gegensatz zu dem sonstigen russischen Selbstbespucken, Verherrlichung Wittes und der russischen Intelligenz, die über die deutsche gestellt wird. Da ist das gleichnamige Buch von A. Hettner, „Russland" (Teubner 1916) eine ganz ungleiche Leistung: der Geograph zeichnet in grossen, sicheren Zügen Land und Leute, sucht Russlands Eigenart zu ergründen und ihm sein politisch-ökonomisches Horoskop zu stellen; da er besonders vom europäischen Russland und besonders von dem ganzen Russischen Reich spricht, sind zahlreiche Wiederholungen unvermeidlich; auch nimmt uns

nicht Wunder, dass unter den heutigen Verhältnissen der Deutsche zu einer pessimistischen Auffassung von Russlands Lage und Entwicklung neigt. Trotzdem bleibt das Buch eine objektive, trefflich einführende Darstellung, deren Wert die Russen selbst durch eine doppelte Uebersetzung der ersten Auflage bekundet haben; man kann sie nur jedem Leser eines jeden Volkes bestens empfehlen. A. Brückner.

Die Polen in Weissruthenien.

Ueber jenen ganzen Fragenkomplex, den man mit einem Sammelnamen als litauische Frage bezeichnet, wäre viel leichter eine Verständigung möglich, wenn man sich zunächst über die Vorfrage geeinigt hätte, was unter dem Namen „Litauen“ zu verstehen sei. Gerade an einer solchen Einigung über die Vorfrage fehlt es aber bis jetzt. Vielmehr wird mit dem Wort „Litauen“ gewohnheitsmässig ein doppelter Begriff verbunden. Einerseits bezeichnet man als „Litauen“ das litauische Sprachgebiet, anderseits aber einen Komplex historisch zusammengehöriger Landschaften, deren politisches Krystallisationszentrum vor Zeiten das litauische Sprachgebiet gebildet hat, wo aber die litauische Sprache teils seit Generationen oder Jahrhunderten erloschen ist, teils, soweit unsere Kenntnis der Vergangenheit reicht, niemals üblich war.

„Litauen“ im ersteren Sinne, nämlich das litauische Sprachgebiet, umfasst erstens das Gouvernement Kowno mit Ausnahme des äussersten Ostzipfels; zweitens die Ostseeküste in der unmittelbaren Nachbarschaft von Polangen; drittens (rein sprachwissenschaftlich betrachtet) den Nordostrand Ostpreussens; viertens den Norden und Nordosten des Gouvernements Suwałki, einschliesslich des Städtchens Wisztyniec (Wyschtitten) an der preussischen Grenze und des Kurorts Druśkieniki am Njemen, aber ausschliesslich der Stadt Sejny; fünftens einen etwa 35 km breiten nordwestlichen Randstreifen

des Gouvernements Wilno, der ausser Święciany keine grössere Stadt einschliesst. Litauen in diesem Sinne (auf polnischer Seite pflegt man es „das ethnographische Litauen" zu nennen) umfasst eine Fläche von nicht ganz 65,000 qkm mit beiläufig drei Millionen Einwohnern, wovon rund 2,200,000 echte Litauer sein dürften; die restlichen 800,000 dürften sich annähernd auf 400,000 Juden, 300,000 Polen und 100,000 Deutsche verteilen. Ich sage dürften; denn da der weitaus grösste Teil des in Rede stehenden Gebietes bisher unter russischer Herrschaft gestanden hat, so war dort von einer zuverlässigen Nationalitätenstatistik in Friedenszeiten bisher absolut nicht die Rede. Die grösste Stadt im litauischen Sprachgebiet ist Kowno.

Das „historische Litauen" dagegen reicht zunächst nicht so weit nach Westen. Es umfasst das schon vor einem halben Jahrtausend von den Deutschen eroberte Preussisch-Litauen nicht mit; ferner ist es nicht üblich, den von Litauern bewohnten Teil des Gouvernements Suwałki dem „historischen Litauen" zuzuzählen, da eben diese Landschaft seit 1795 nicht mehr die historischen Geschicke Litauens geteilt, vielmehr 1795—1806 zu Preussen, 1807—1813 zum Herzogtum Warschau und seit 1815 zu Kongresspolen gehört hat. Ungleich stärker aber ist die Divergenz zwischen der Grenze des „ethnographischen Litauens" und jener des „historischen Litauens" nach Osten und Süden hin. In diesen beiden Richtungen fängt nähmlich dort, wo das „ethnographische Litauen" aufhört, das „historische Litauen" erst recht an. Es reicht nach Osten bis über den Dnjepr, nach Süden bis über die Pripet hinaus: es umfasst ostwärts und südwärts von der litauischen Sprachgrenze noch rund 257,000 qkm mit beinahe elf Millionen Einwohner, unter denen es im äussersten Norden (Dünaburg und Gebiet, das einstige Polnisch-Livland) gegen vierhunderttausend Letten, sonst aber schwerlich ganze dreissigtausend Litauer gibt. Die vorherrschende Umgangssprache des Landvolkes ist vielmehr in diesem

ganzen weiten Gebiet (mit einigen gleich zu erwähnenden Ausnahmen) ein slavisches, zwischen Polnisch und Russisch stehendes Idiom, das Weissruthenische, weniger richtig auch Weissrussisch genannt. Nur in Polnisch-Livland spricht das Landvolk meist lettisch, im äussersten Süden aber von den Quellen der Narew bis nach Wolhynien hin, sprechen die Einwohner der spärlich zwischen Wäldern und Sümpfen verstreuten Dörfer meist Polesisch, eine aus philologischen Gründen der ukrainischen Sprache zugezählte, aber den Uebergang zum Weissruthenischen bildende Mundart. Polnisch ist die Sprache der Edelhöfe der Freisassendörfer und meist auch des christlichen Teils der Städter, dagegen nur einer Minderzahl der eigentlichen Bauern, d. h. der Nachkommen der Leibeigenen von ehedem, im Gegensatz zu den Freisassen, welche, obwohl ihrer wirtschaftlichen Lage nach kleine Bauern, im alten Polenreich die Rechte der Ritterschaft teilten und deshalb „kleine Edelleute" genannt wurden. Die Juden endlich bilden zwar die Mehrzahl der Städter, aber nur etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung des Landes; sie sprechen Jüddisch als tägliche Umgangssprache, dagegen Hebräisch als Sprache des Gebetes und anderer religiöser Funktionen. Die tägliche Umgangssprache der absoluten Mehrzahl der Landesbevölkerung ist jedoch, wie gesagt, weissruthenisch.

Aus dieser Tatsache wird nun ein aussenstehender Beurteiler, sofern er mit etwelchem Gerechtigkeitssinn und demokratischem Empfinden begabt ist, geneigt sein, den Schluss zu ziehen, dass in Weissruthenien (so, und nicht „Weissrussland" ist der in Rede stehende Teil des „historischen Litauens" richtig zu benennen) eben das Weissruthenische als vorherrschende Unterrichts- und Amtssprache einzuführen sei, das Polnische dagegen ebenso wie Jüddisch und Hebräisch nur eine untergeordnete Stellung beanspruchen könne. Der Schluss liegt nahe, aber er ist falsch, wie eine genauere Be-

trachtung der Verhältnisse Weissrutheniens jeden Unbefangenen lehrt.

Es gibt nämlich allerdings eine weissruthenische Volkssprache, ebenso wie es eine plattdeutsche Volkssprache gibt; aber eine weissruthenische Nation gibt es tatsächlich ebensowenig wie eine plattdeutsche Nation. Es fehlt das wichtigste, nneutbehrlichste Attribut einer Nation: das Nationalbewusstsein. Mit anderen Worten, die Menschen, welche das Weissruthenische als Alltagssprache reden, verbinden mit ganz geringen Ausnahmen, mit dieser Sprache keineswegs den Begriff eines besonderen Volkstums, an dessen Erhaltung, Festigung nnd Verteidigung ihnen etwas gelegen wäre. Fragt man einen weissruthenisch redenden Bauern orthodoxer Religion, was er für ein Landsmann sei, so wird er in der Regel antworten, er sei ein Russe, und den Umstand, dass er ein gar zu sonderbar schlechtes „Russisch“ redet, mit mangelhafter Schulbildung zu entschuldigen suchen. Stellt man aber dieselbe Frage an einen katholischen Bauern weissruthenischer Zunge, so wird er sich in der Regel zur polnischen Nationalität bekennen; und wenn man ihn darauf aufmerksam macht, dass die Sprache, in welcher er dieses Bekenntnis ablegt, eigentlich doch kein richtiges Polnisch sei, so wird er ungefähr sagen: „Ja sehen Sie, ich bin eben nur ein schlichter Bauer und rede so, wie die Hiesigen reden. So schön Polnisch reden, wie unsere Herren, das habe ich leider nicht gelernt. Das ist übrigens die Schuld der verfluchten Russen, die uns nie erlaubt haben, in der Schule ein richtiges Polnisch zu lernen. Jetzt, wo die Russen, Gott sei Dank, zum Land hinausgejagt sind, richten wir uns die Schule nach unserem Sinne ein, und in einigen Jahren werden unsere Kinder ein ebenso feines Polnisch sprechen wie der Pfarrer auf der Kanzel und der Gutsherr im Schloss.“

Mit anderen Worten: die weissruthenisch redenden Orthodoxen sind im Werden begriffene Russen; die Katholiken weissruthenischer Zunge dagegen, welche

gewohnt sind, polnische Predigten zu hören, polnische Gebetbücher und Gesangbücher zu benutzen und in reinem Polnisch die Normalsprache zu erblicken, welcher sie ihre eigene urwüchsige Mundart so weit als nur irgend möglich annähern möchten, die sind im Werden begriffene Polen. Sie halten an der polnischen Kirchensprache als an einem Heiligtum fest, für dessen Wahrung sie zu jedem Opfer bereit sind; und sie führen, seit die Russen fort sind, aus eigenem Antrieb das Polnische als Unterrichtssprache in die Dorfschulen ein. Es liegt also, oder genauer gesagt, es lag vor dem Kriege bei den Weissruthenen im Grossen ein analoger Fall vor, wie im Kleinen bei den Friesen an der Nordsee, von denen in Bezug auf ihre Schriftsprache und ihr Nationalbewusstsein die einen zu Holländern, die Anderen zu Deutschen geworden sind und noch werden. Der Unterschied ist nur der, dass die divergierende Entwicklung der beiden Bruchteile der friesischen Bevölkerung durch eine auf der Landkarte rein und scharf gezogene Staatsgrenze bestimmt wird, wogegen in Weissruthenien eine solche greifbare säumliche Grenze zwischen Polentum und Russentum bisher nicht vorhanden war, sondern nur eine ideelle, exterritoriale Grenze: denn als solche wirkte die unsichtbare Scheidewand zwischen den Bekennern der katholischen Religion und den Anhängern der orthodoxen Staatskirche. Nur ganz im Allgemeinen konnte man bisher sagen, dass nach Osten und Südosten, gegen den Dnjepr und die untere Pripet hin die Orthodoxen ein immer entschiedeneres Uebergewicht erlangen, während nach Westen und Nordwesten, gegen die litauische Sprachgrenze hin, die zum Polentum gravitierenden Katholiken in immer geschlosseneren Massen auftreten, aber im Einzelnen gab es zahlreiche gemischte Bezirke, gemischte Gemeinden und selbst gemischte Dörfer.

Dem Krieg, der gerade die weissruthenischen Lande so furchtbar verwüstet hat, kommt nun wenigstens das eine Verdienst zu, die eben besprochenen ver-

wickelten Verhältnisse wesentlich vereinfacht zu haben. Er hat zwischen der Einflusssphäre des Polentums und jener des Russentums eine sichtbare territoriale Grenze aufgerichtet, eine Grenze, jenseits welcher das Uebergewicht der Orthodoxen sich verstärkt hat, während diesseits derselben nur mehr geringe Bruchteile der früheren orthodoxen Bevölkerung vorhanden sind. Diese Grenze aber ist keine andere, als die Frontlinie der kämpfenden Heere. Denn die Orthodoxen jeden Standes, nicht etwa blos Beamte und Geistliche, sondern ebensogut auch die schlichtesten Bauern und Tagelöhner, haben zu hunderttausenden mit den zurückweichenden russischen Truppen das Land verlassen, die Katholiken sind geblieben.

Nun wird der Leser freilich einwenden, dass ja dieser ganze Exodus kein freiwilliger gewesen sei; dass die russischen Truppen Befehl hatten, die Bevölkerung ohne Unterschied der Konfession zum Wegzug zu veranlassen oder zu zwingen; dass dabei gegen die Katholiken sogar noch viel rücksichtsloser vorgegangen wurde als gegen die Orthodoxen, und dass schliesslich die notorische Anwesenheit von Scharen polnischer „Flüchtlinge“ in den Zentren Grossrusslands beweise, dass die Polen von dieser unerhörten Massenverschleppung keineswegs verschont geblieben sind.

All das ist richtig, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Gewiss, die russischen Truppen hatten Befehl, das Land menschenleer zu machen; dieser Befehl betraf Katholiken, Protestanten und Juden ebensogut wie die Orthodoxen; und das Niederbrennen katholischer Dörfer und Edelhöfe war den Kosaken sogar noch ein besonderes Vergnügen. Trotz alledem fiel aber der Erfolg dieser ganzen Gewaltaktion anders aus als geplant war; das Land wurde nicht menschenleer, es verschwanden nur die Orthodoxen aus dem Lande Allen vorliegenden Nachrichten zufolge hat der Befehl zum Wegzug die ganze Ostfront entlang, von der galizischen Grenze angefangen bis an die Düna, auf die konfessionell gemischte Landbevölkerung geradezu chemisch sondernd

gewirkt, gleichsam wie ein Magnet auf ein Gemisch von Eisen- und Zinkfeilspänen. Die Orthodoxen leisteten der ersten Aufforderung zum Wegzug willig Folge, weil für sie der Gedanke, unter die Herrschaft „ketzerischer", katholischer oder protestantischer Machthaber zu fallen, ein unerträglicher Greuel war, und weil ihnen ihre Priester die versprochenen Ansiedlungsländereien im fernen Osten als ein gelobtes Land anpriesen. Die Katholiken dagegen, und ganz besonders die polnischen und die zum Polentum gravitierenden Katholiken, für welche die Russenherrschaft eine Qual und die Flucht der Russen eine Erlösung war, setzten, wo sie immer konnten, dem Verschleppungsbefehl den zähesten Widerstand entgegen. Es gelang ihnen leider nicht allerorten; wir haben das unsäglich traurige Los von Hunderttausenden von Polen aus dem Osten Kongresspolens, aus Wolhynien, aus Weissruthenien und Litauen zu beklagen, welche nunmehr in den Städten Grossrusslands in tiefem physischem und moralischem Elend dahinvegetieren in steter Furcht vor dem nur zu leicht zu weckenden Fanatismus des blutgierig-frommen Orthodoxenpöbels. Aber die grosse Mehrzahl der Katholiken hat dem Vertreibungsbefehl zu trotzen oder ihn zu umgehen gewusst; bald wurden die mit der Vertreibung beauftragten Kosakenoffiziere bestochen, bald flüchteten sich die Bauern in die Wälder, um alsbald nach dem Wegzug der Russen wieder in ihre Hütten oder zu deren Brandstätten zurückzukehren, bald packten sie sogar, scheinbar gehorsam, ihre Habe auf Wagen und fuhren ein Stück weit hinter den Russen her, aber nur, um bei der nächsten Gelegenheit Kehrt zu machen. Zudem hatten es die russischen Truppen eilig, und glücklicherweise sind die Russen von Natur nicht imstande irgend etwas ordentlich zu machen; auch aus diesem Grunde blieben sehr viele Dörfer und Edelhöfe verschont. Das Ergebnis war, dass das nach Osten abziehende Heer von Zivilflüchtlingen eben doch ganz überwiegend aus Orthodoxen bestand, während diesseits

der Front der Prozentsatz der Katholiken ganz gewaltig gestiegen ist. Unter den Katholiken sind aber überall dort, wo es keine Litauer gibt, so gut wie ausschliesslich Polen und zum Polentum gravitierende Weissruthenen zu verstehen, da eben ein katholischer Russe eine noch grössere Seltenheit ist als ein Schnabeltier. Schon wird berichtet, dass im Gouvernement Grodno, wo die allerdings gröblich gefälschte russische Statistik bisher nur eine kleine Minderheit von Katholiken gelten liess, die Katholiken derzeit 60% der Bevölkerung, demnach etwa 70% der Christen ausmachen, und dass diese Katholiken durchwegs polnische Schulen haben wollen. Aehnlich liegen aber allem Anschein nach die Dinge im Gouvernement Wilno (den mehrerwähnten nordwestlichen Randstreifen abgerechnet) und in den von den deutschen Truppen besetzten Teilen des Gouvernements Mińsk. Beinahe überall sind von den Orthodoxen nur spärliche Reste im Lande geblieben; vielfach sind sie wie mit einem grossen Besen weggefegt. Und zwar gilt dies nicht nur für die orthodoxen Bauern, sondern erst recht für die Russen in den Städten. Diese waren Flugsand — importierte russische Beamte und Offiziere, Gendarmen, Popen und dergleichen. Sie nahmen an der Ausbeutung der unterworfenen Bevölkerung durch den russischen Staat und seine Nutzniesser (denn dies, und nicht etwa ein Staatsdiener ist in Russland der Beamte) tätigen Anteil, kein Wunder, dass sie sich zugleich mit dem russischen Staat nach Osten zurückgezogen haben. Der grosse Magnet hat auch hier seine Schuldigkeit getan, und hier ganz besonders. Wenn in Wilno schon vor dem Kriege der christliche Teil der Bevölkerung überwiegend polnisch war, so ist die Stadt heute polnischer, als sie es jemals seit dem Unglücksjahre 1864 gewesen ist, und die auf phantastischen Fiktionen beruhenden Ansprüche der Litauer vermögen nichts daran zu ändern. In Grodno und Białystok, wo die litauische Sprache schon vor einem halben Jahrtausend Jahren, beziehungsweise vor mehr als sechshun-

dert erloschen ist. besteht derzeit die Einwohnerschaft aus Juden und Polen. Es liegt aber kein Grund vor, diesen Umschwung zu Gunsten des Polentums als etwas blos Zeitweiliges zu betrachten. Die Nutzniesser des russischen Staates werden nie wieder zurückkehren, sofern nur die russische Herrschaft fernbleibt. Die ausgewanderten orthodoxen Bauern aber sind längst mit allem Wohlwollen, dessen die russische Bureaukratie nur irgend fähig ist, auf Staatsländereien in Sibirien, in Transkaukasien oder anderwärts im weiten russischen Reiche untergebracht worden, und nicht ein Tausendstel von ihnen wird heimkehren wollen, falls ihre frühere Heimat dauernd der russischen Herrschaft entzogen bleibt. Wohl aber werden, sobald der Krieg zu Ende ist, Scharen von Polen heimkehren.

In dem von der Russenherrschaft befreiten Teil Weissrutheniens, zwischen der litauischen Sprachgrenze im Nordwesten und der Front im Osten, hat also der Krieg ein starkes und bleibendes Uebergewicht des Polentums geschaffen. Damit wird jede Neugestaltung der politischen Zustände rechnen müssen, welche auf Dauer Anspruch machen will.*)

Krakau. Dr. phil. W. Gumplowicz.

Veränderungen in den politischen Parteien Polens.

Warschau, den 20. Februar 1917.

Die Folgen einer Anlehnung des politischen Lebens im Königreich an eine ständige Stütze, wie dies z. B. das Bestehen und die Entwickelung des Staatsrates sind, machen sich immer deutlicher fühlbar. Am meisten machten sie sich bemerkbar bei den in den letzten Tagen stattgefundenen Tagungen des Nationalrates und des Zentralen National-Komitees. Der Nationalrat

*) Selbstverständlich bei völliger Schonung und Entwicklung der Ansätze der Weissruthenen zur eigenen Kultur. — Die Schriftltg.

hatte nach der Gründung des Staatsrates keine genau ausgeprägte Physiognomie, sowie keinen vorgeschriebenen Tätigkeitskreis. Die letzte Plenarsitzung machte dieser Ungewissheit ein Ende. Den Mitgliedern aus dem österreichischen Okkupationsgebiet wurden die Einladungen nicht pünktlich zugestellt — trotz ihrer Abwesenheit hat dennoch diese Versammlung die Stellung des Nationalrates gegenüber den politischen Parteien des Landes klargelegt.

Vorsitzender dieser Plenarversammlung war Professor Władysław Smoleński, unter Mitwirkung der Herren Targowski, Kamieński, Kaczyński, Dr. Anton Natanson und Stan. Śliwiński. Herr Thugutt verlas ein Referat über die Arbeiten der Verwaltung und über die allgemeine politische Lage. Das Projekt einer Neuorganisierung des Nationalrates wurde von Herrn Popiel vorgelegt. Diesem Projekt zufolge, das einstimmig angenommen wurde, erfolgt die Wahl der Nationalrats-Mitglieder in den städtischen und Kreis-Sitzungen. Von den Kreisen wurden gewählt 217 Delegierte, 49 Delegierte werden gewählt von den 23 Städten des Königreichs, und die Stadt Warschau stellt 50 Delegierte. Das Recht der Mitwirkung bei den Sitzungen wird sämtlich denjenigen Bürgern zuerkannt, welche den politischen Beschluss des Nationalrates, der auf der Notwendigkeit der Gründung einer starken Armee und Regierung beruht, anerkennen; die Keime der ersteren bilden die Legionen, der zweiten der Staatsrat, dessen Anweisungen und Führung man unbedingt Folge zu leisten hat. Der Nationalrat soll lediglich eine Körperschaft zur Konsolidierung der öffentlichen Meinung darstellen.

Dieses Organisationsprojekt rief eine lebhafte Diskussion hervor, an der unter anderen die Herren: Makowski, Łypacewicz, Życki, Zbrowski, Thugutt teilnahmen, wonach das Projekt angenommen wurde.

Somit erhält der Nationalrat, früher eine unparteiische Körperschaft, einen bestimmteren Charakter; er

wird zu einem Organismus, der die öffentliche Meinung ausdrücken soll.

Gleichzeitig wurde der Entwurf einer politischen Deklaration, die jedes Mitglied des Nationalrates abzulegen hat, angenommen. Diese Deklaration lautet:

„In Anbetracht der durch den Krieg und durch den Akt des 5. November in den polnischen Ländern geschaffenen Lage, erkennt die am ... in ... stattgefundene politische Versammlung an, dass der grosse geschichtliche Zeitpunkt gekommen ist, in dem man ungesäumt zum Wiederaufbau des eigenen Staatswesen schreiten muss. Der für Polen einzig richtige Weg ist, aus dem Lande möglichst starke Kräfte herauszuziehen, um sie auf die Wagschale der Geschehnisse zu werfen. In erster Linie muss man nach der Gründung einer möglichst starken nationalen Armee streben, die die polnische Frage befestigt und garantiert, ferner zur Gründung einer Regierung, die imstande sein soll, die heute noch so zahlreichen Kräfte des Landes freizumachen und sie zur Arbeit beim Aufbau des Vaterlandes heranzuziehen. Den Keim zu solch einer Regierung erblicken die Versammelten in dem provisorischen Staatsrat, dessen Anordnungen und Führung sie sich unbedingt unterordnen wollen; als Keim einer Armee werden von ihnen die tapferen Legionen angesehen, die möglichst schnell zum Grundstein des polnischen Heeres umgeformt und durch sofortige Anwerbung Freiwilliger verstärkt werden müssen. Um die aktiven Kräfte der polnischen Gesellschaft zu vergrössern, halten die Versammelten eine gewisse Organisierung der öffentlichen Meinung für notwendig, welcher eine grössere Autorität beizulegen ist. Zu diesem Zwecke erkennen sie den am 15. November v. J. in Warschau gebildeten Nationalrat als oberstes Organ für die Konsolidierung der öffentlichen Meinung in dem wiedererwachten Polen an.“

Als mehr kompliziert erwies sich die Liquidierung des Zentralen National-Komitees. Es bestand aus

fünf verschiedenartigen demokratischen und radikalen Organisationen, unter denen am meisten tätig waren: die Polnische Sozialistische Partei (PPS) und der Nationale Arbeiter-Bund (NZR). Das Zentrale National-Komitee gruppiert sich um den Brigadier Józef Piłsudzki und besitzt in der Provinz zahlreiche Filialen. Im allgemeinen wird es als Sitz des antirussisch-polnischen Maximalismus angesehen. Aus dem Zentralen National-Komitee trat gegenwärtig der starke Nationale Arbeiter-Bund, sowie der den gebildeten Schichten angehörende Unabhängigkeitsbund aus.

Bei der letzten Tagung des Zentralen National-Komitees waren gegen 100 Mitglieder anwesend, von denen ein Teil seinen Austritt angekündigt hat, der andere Teil dagegen beschloss die gegenwärtige Organisation aufrecht zu erhalten, jedoch unter der Bedingung, dass a) das Zentrale Nationalkomitee aufhört, ein Verband politischer Parteien zu sein, b) dass es zu einer unparteiischen Organisation umgewandelt wird, c) dass neue Organisationsstatuten verfasst werden. Die gefassten Beschlüsse bezwecken im eigentlichen Sinne, die Tätigkeit des Zentralen Nationalen Komitees auf die Gründung der polnischen Armee zu konzentrieren; den politischen Gruppen und lokalen Organisationen, die im Zentralen Nationalen Komitee vertreten sind, in allen anderen Sachen freie Hand zu lassen; die innere Organisation des Zentralen National-Komitees den eben angeführten Veränderungen anzupassen.

In den letzten Tagen wurde hier auch eine neue Bauernpartei gegründet. Es besteht bereits die „Politische Volkspartei“, die dem Bunde des Zentralen National-Komitees angehört; es blieben aber noch grosse Mengen von Bauern übrig, die nicht allzu radikalen Ideen huldigen; letztere, geführt von dem Bürgermeister Chmielewski und dem Kanonikus Bliziński, gründeten nun eine „Volksvereinigung“. Dieselbe umfasst mehrere bis jetzt zersplitterte bäuerliche Gruppen und stellt folgendes Programm auf:

1) Indem wir uns auf den Akt des 5. November 1916 stützen, streben wir einen möglichst raschen und umfassenden Aufbau des unabhängigen polnischen Staates an.

2) Als Grundstock des Polnischen Staates betrachten wir die Russland abgenommenen Gebiete.

3) Wir unterstützen den bestehenden Staatsrat, als provisorische polnische Regierung, die sämtliche Zweige des staatlichen Lebens so lange handhaben soll, bis ein Landtag die Verfassung des Polnischen Reiches endgiltig beschliesst.

4) Die Gewähr der Beständigkeit und Kraft des Polnischen Staates erblicken wir im polnischen Heer.

5) Zur Unterstützung der Kräfte des Polnischen Staates finden wir es zweckdienlich, die breitesten Volksmassen über ihre bürgerlichen Pflichten aufzuklären und dem Volk einen gehörigen Einfluss auf den Lauf der staatlichen Angelegenheiten zu sichern.

6) Als notwendig erachten wir eine gemeinsame und einheitliche Tätigkeit sämtlicher Volksschichten auf dem Gebiet des nationalen und staatlichen Lebens, wogegen eine Sonderung der Interessen des Volkes auf wirtschaftlichem Gebiete notwendig erscheint.

7) Wir stehen bei der Parole: „Gott und das Vaterland“ und verlangen eine offene, freie Handlungsweise gegenüber der polnischen Regierung und Gesellschaft.

Unter dem ersten Aufruf der neuen Vereinigung stehen Unterschriften einer grossen Anzahl Bauern aus sämtlichen Landesteilen.

Alle diese Neugruppierungen zeugen von der Konsolidierung unserer inneren Zustände und bekräftigen die Autorität und die Stellung des Staatsrates.

Piotr Warszawski.

Pressestimmen.

Jüdische Presse.

Zur Lage der Juden in Polen schreibt das „Jüdische Wort“ Nr. 16: Trübe finstere Zeiten haben wir Juden in Polen in den letzten Jahren durchleben müssen; dichte Nebel verhüllen den Horizont und es schien, dass niemals in Polen die lichte Sonne der Gleichheit und Freiheit scheinen wird und nie die schwere, drückende Atmosphäre, die auf uns lag, ein Ende nehmen wird.

Sachkundige, Juden wie Christen, wussten zu gut, wo der wirkliche Grund zu suchen ist. Man kannte ganz gut die Hand, die ein Interesse daran hatte, diese schreckliche Zwietracht, Feindschaft und Hass unter die beiden Teile der Bevölkerung zu tragen, die Hunderte von Jahren in Ruhe und Frieden beieinander gelebt hatten. Man wusste auch, welch eine grosse Schuld daran jene ungebetenen Politiker haben, die mit ihrer Agitation auf beiden Seiten auftraten, ohne dazu ein Recht oder einen Auftrag von Seiten der Bevölkerung zu haben. Leider hatte man aber kein Mittel, um dagegen zu wirken, weil man nicht organisiert war und weil auch die Möglichkeit zur Organisation fehlte.

Und doch haben edlere Leute, Juden wie Christen, auf diese ungesunde Agitation bedrückten Herzens geschaut, auf diesen Nebel, der von Tag zu Tag dichter wird, sodass schliesslich allen der Atem genommen wird . . . . Das einzige, was man tun konnte, war, Gott zu bitten, er möge uns den richtigen Weg zeigen, damit wir aus dieser Beklemmung herauskommen, er möge einen frischen Wind in der dumpfen Atmosphäre wehen lassen. . . .

Die Zeiten haben sich geändert, edlere Stimmen kann man auf beiden Seiten vernehmen — Stimmen, die von Frieden und Einigkeit reden, von Recht und Gerechtigkeit; es wird die Hoffnung gestärkt, dass der lichte Tag, an dem die Sonne der Freundschaft und der Liebe in Polen wieder scheinen wird und die Herzen einander nähern wird, so dass sie in Friede und Freundschaft beieinander leben können, nicht mehr fern ist.

Fast in allen polnischen Städten, in denen Wahlen stattfanden, haben die polnischen Wähler mit den jüdischen Frieden geschlossen, die Wahlen sind ohne Streit und Kampf durchgeführt worden. Dies hat edleren Menschen die Möglichkeit gegeben, auf beiden Seiten ihre Passivität aufzugeben und die Arbeit zugunsten eines friedlichen Lebens zu unternehmen. Wie wirkliche lichte Sonnenstrahlen, die Vorboten des nahenden Frühlings sind, erscheinen uns die grossen nnd schönen Worte des Bischofs von Płock, die er an die dortigen jüdischen Ratsmänner richtete: „Euch, meine Herren Vertreter der jüdischen Gemeinde, die Ihr mit uns zusammen ein Brot seit Jahrhunderten esst, gebe ich meinen Segen; Ihr mögt in Erwartung, dass

Ihr bald Euer volles Recht bekommt, an dem Aufblühen unserer teueren Stadt Płock mitwirken."

So sprach der geistige Vater der Płocker christlichen Bevölkerung.

Mögen wir öfter solche schönen und herzerfreuenden Worte hören; wir bitten den Höchsten, er möge dem gutem Bischof ein langes Leben schenken, damit er sieht, wie sein Segen zum Wohlstand, zur Blüte und zum Glück Polens verwirklicht wird.

(D. Warsch. Ztg.) N. Leib Weingott.

Polnische Presse.

Vor den neuen polnisch-russischen Beratungen.

„Głos Stolicy"-Warschau, begrüsst die Nachricht von der neuen „Kommission für die polnische Frage" in Petersburg mit den Worten: „ein neuer Bluff". Das Blatt erinnert an die Vorgängerin dieser jüngsten Schöpfung der russischen Hinhaltungspolitik, an Kryżanowski's Kommission vom Juli 1915. Der Akt vom 5. November werde die jetzige Kommission zwar zwingen, in ihren Zugeständnissen weiter zu gehen, als es 1915 geschehen sei, da selbst das eben erteilte Autonomieversprechen eingeschränkt werden sollte. Immerhin betrachte Russland die polnische Frage noch immer als seine innere Angelegenheit. Das genüge, um selbst die Russland noch am nächsten stehenden Kreise mit Misstrauen zu erfüllen. Die völlige Abkehr der hiesigen öffentlichen Meinung von der russischen Orientierung wird dadurch beleuchtet, dass selbst ein ehedem russenfreundliches Blatt sich aus der Provinz schreiben lässt, „seit dem Abzuge der Russen aus Polen" erhebe sich das Leben in den Städten und Flecken aus „Verarmung, Niedergang und Verfall" zu aufstrebender und kräftiger organisatorischer Tätigkeit.

„Iskra" in Sosnowice erklärt das Verhalten des Grafen Wielopolski für naiv, wenn er den Worten des Zaren irgendwelche Bedeutung schenke. Noch schlimmer sei es, dass unsere Emigranten in Petersburg sich durch Worte täuschen liessen. Wenn sie aber tatsächlich den Zusicherungen des Grafen Wielopolski glaubten, dann sollten sie ihn auffordern, dafür zu sorgen, dass die Worte des Zaren in die Tat umgesetzt würden. Hier würde man über die Worte des Zaren zur Tagesordnung übergehen.

„Dziennik Polski" in Częstochowa zitiert eine Aeusserung des „Daily Mail" in London über das Verhältnis Englands zu Polen, in der es heisst, dass selbst, wenn die Deutschen besiegt würden, ein unabhängiges Polen aber bestehen bleibe, würde schon deshalb der Sieg auf deutscher Seite sein. Deshalb dürfe ein unabhängiges Polen nicht geschaffen werden, Polen müsse vielmehr von Russland abhängig bleiben. „Dziennik Polski" bemerkt hierzu, dass es ein Glück sei, dass das Los Polens nicht von diesen originellen Verteidigern kleiner Völker abhänge.

NOTIZEN.

Politisches.

Die amtlichen Wappen des polnischen Staates. Aus Lublin wird amtlich berichtet: Durch eine Verordnung des General-Gouverneurs wurde den Gemeinden des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes gestattet, auf allen amtlichen Tafeln den polnischen Adler anzubringen, in allen Schriftstücken die Zugehörigkeit zum polnischen Königreiche zum Ausdruck zu bringen und polnische Farben zu führen.

Besprechung im Wiener Ministerium des Aeussern über die Lage im Königreiche Polen. Wien, 26. Februar. Am 21. d. M. fanden sich beim Minister des Aeussern Grafen Czernin Vertreter der politischen Kommission des Polenklubs zu einer längeren Besprechung ein. Erschienen waren der Obmann des Polenklubs Exz. v. Biliński, Herrenhausmitglied Graf Gołuchowski, sowie die Reichsratsabgeordneten v. Abrahamowicz, von Głąbiński, Hofrat German, Daszyński und Kędzior. Die Unterredung betraf die gegenwärtige Situation im Königreiche Polen, wobei Graf Czernin den Vertretern des Polenklubs eine Darlegung der sie interressierenden Fragen gab. Des weiteren versicherte der Minister des Aeussern die erschienenen Parlamentarier, dass er auf ständigen Kontakt mit ihnen grossen Wert lege. Im Namen der Anwesenden gab schliesslich Graf Gołuchowski seiner Uebereinstimmung mit den vom Minister des Aeussern dargelegten Gesichtspunkten Ausdruck, dankte für die erhaltenen Informationen und erklärte, dass der Polenklub bereitwilligst von der Aufforderung des Grafen Czernin zu fortlaufendem Gedankenaustausch Gebrauch machen werde.

Kultur.

In der Schweiz, in dem Lande, das so oft seine Freundschaft für die Polen bewiesen hat, wird ein Album der Polnischen Legionen herausgegeben. Der Legionär und Maler Leopold Gottlieb erzählt in 24 farbigen Originallitographien über die polnischen Legionäre — die einfachen Soldaten, wie er sie im Felde sah, die Führer, die er im Felde porträtierte, viele Fragmente aus dem täglichen Lagerleben. In allen seinen Bildern ist die Seele der jungen Befreier Polens, mit tiefer Unmittelbarkeit in der Empfindung der Bravour und herzlicher Einfachheit dieser Helden.

Jede Gestalt, jede Erzählung weiss der Künstler zu der epischen Einfachheit und Kraft zu erheben und schafft ein Werk, das den Charakter eines eigenartigen historischen Dokumentes, das über die Menschen und Seelen aus den Zeiten der Wiedererstehung Polens für alle Zeiten zeugen wird.

Das Werk, das in der Graphischen Anstalt J. E. Wolfensberger in Zürich mit einer ausserordentlichen Sorgfalt und Feinheit der künstlerischen Ausführung herausgegeben ist, bildet einen wertvollen Erwerb für jedes Museum, jedes Kupferstichkabinett, für Kunstliebhaber und für jeden Polen, dem die Erinnerung an diese Zeiten teuer ist.

Wirtschaftliches.

Deutsche Zölle im neuen polnischen Zolltarif. Der neue polnische Zolltarif, der am 2. Januar d. J. in Kraft getreten ist, sieht eine ganze Anzahl beachtenswerter Aenderungen in den Zollsätzen für deutsche Exportartikel nach Polen vor. Die wichtigsten derselben sind die folgenden: Neu eingeführt sind im Tarif (Zollsatz in Mark für 100 Kilogramm): Zwiebeln und Knoblauch (4), Marmeladen und Fruchtmus (24), Aether (480), Hartspiritus (280), Essigessenz (80), andere alkoholfreie Getränke als Mineralwasser (16), denaturiertes Kochsalz (4), eingedickte Milch (16), Klippfische und Stockfische (3), andere zubereite Fische (10), ebensolche in luftdichten Behältnissen (30), Ledereraatzstoffe (50). Felle zur Pelzbereitung (16), Schuhe mit Holzsohlen (24), Blei- und Farbstifte, Schreib- und Zeichenkreide (ungefasst 20, gefasst 40), Gips und Kreide (0.20), verdichtete und verflüchtigte Gase (4), photographische Bedarfsgegenstände (40), Zahnreinigungsmittel (160), Arzneiwaren (weingeisthalig 860, andre 80), Schuhputz- und andere Putzmittel (24), Schreibfedern (60), eiserne Nägel (12), Maschinen- und Nähnadeln (100), Pflüge, Eggen, Kultivatoren (4), photographische Apparate (200), nicht besonders genannte Maschinen, auch Akkumulatoren (6), Packpapier (3), Schreib- und Zeichenhefte (10), Papiersäcke und -tüten, Notiz- und Geschäftsbücher (16), Gespinste aus künstlicher Seide (68), Müllergaze (320), Hüte, ausgerüstet (0.60 das Stück). Ferner sind für eine Anzahl Positionen die Zollsätze geändert, so für Gewürze (60 statt 50), Tee (300 statt 160), Konditorwaren usw. (80 statt 60), Hefe (180 einschl. statt 28 ausschl. der inneren Abgabe), Mineralwasser 1.60 statt 4), Schwämme (48 statt 50), Leder 40 statt 50), elektrische Kohlen (24 statt 30), zubereitete Farben und Tinten (24 statt 20), andre Nadeln als Maschinen und Nähnadeln (24 statt 160), Spielkarten (0.80 statt einschl. innerer Abgabe für jedes Spiel).

Aufhebung der Zollgrenze zwischen Litauen und Polen, In Nr. 8 der „Amtlichen Zeitung" wird bekannt gegeben, dass die Zollgrenze zwischen dem Okkupationsgebiet Ober Ost und dem Generel-Gouvernement Warschau vom 10. Januar 1917 ab aufgehoben wurde.

Einführung einer allgemeinen Staatssteuer in Polen. Nach einer Warschauer Meldung polnischer Blätter wird eine allgemeine Einkommensteuer zur Deckung der Erfordernisse des Königreichs Polen

eingehoben werden. Der polnische Staatsrat verhandelt bereits über die betreffende Steuervorlage des Finanzausschusses.

Kommunales.

Eine Zehn-Millionen Anleihe der Stadt Warschau. Ein deutsches Bankkonsortium hat sich bereit erklärt der Stadt Warschau eine Anleihe von 10 Millionen Mark zu gewähren, gegen Verpfändung der $5^1/_2{}^0/_0$ Städtischen Obligationen vom Jahre 1916. Die Verhandlungen führte der in Warschau weilende Vertreter der Berliner Direktion der Diskonto-Gesellschaft, der zu gleicher Zeit auch zehn weitere deutsche Banken vertrat.

Jüdisches.

Herr Dr. Bodenheimer auf Reisen. Aus Stockholm wird uns berichtet: „Vor 10 Tagen weilte hier Herr Justizrat Bodenheimer aus Köln, der vermittels des Svenska telegramm byra an die Tagblätter einen Aufsatz, betitelt: „Judarnes ställning och kriget“ (Die Stellung der Juden und der Krieg), versandte. Im ersten Teil des Aufsatzes bespricht er die Lage der Juden in Palästina, der zweite weitaus grössere Teil ist der Lage der Juden in Polen gewidmet. Alles Ueble, was man über die inneren Verhältnisse Polens nur irgendwie sagen kann, hat die edle Seele des Herrn Justizrat Dr. Bodenheimer hier zusammengetragen, und der Zweck dieser Propaganda? — das Anfeuern der Neutralen zum Entgegenwirken der Vergewaltigungspolitik der Polen.“

Die Tätigkeit des Herrn Dr. Bodenheimer gab schon mehrmals Anlass zu Beschwerden — nun verlegt er das Gebiet seiner Wirksamkeit auch in das neutrale Ausland. Den Juden wird damit nicht geholfen, wir glauben auch nicht, dass den Polen damit geschadet wird, aber dass unter den Polen durch derartige Propaganda im Auslande böses Blut entsteht, unterliegt keinem Zweifel. Noch mehr. Bis jetzt waren wir der Meinung, dass Polen von den Okkupations-, ferner von polnischen Behörden verwaltet wird: Herr Dr. Bodenheimer ruft das Ausland an, es möge sich in die inneren polnischen Angelegenheiten mengen. Wir sind entschlossene Gegner jeder Vergewaltigung — auch der autonomen Rechte der Juden. Aber die Methode des Herrn Dr. Bodenheimer ist wenig dazu geeignet, die verwickelte Judenfrage in Polen in das richtige Gleis zu bringen.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter".

Aachener Tageblatt, 26 XI 1916.

Seit einem Jahre erscheint in Berlin unter diesem Titel eine von Polen herausgegebene deutsche Zeitschrift. Beseelt von der Idee einer deutsch-polnischen Aussöhnung auf Grund der Wahrung beiderseitiger Interessen, vertritt sie ihr Programm durch hervorragende deutsche und polnische Politiker und Schriftsteller. In jeder Nummer bringt sie ferner Informationen aus dem polnischen Leben. Heutzutage, da die polnische Frage ins letzte Stadium der Behandlung seitens der Zentralmächte getreten ist, gewinnen die „Polnischen Blätter" besondere Bedeutung.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter". Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46.

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten 3 Hefte vor . . . — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 553 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter" zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter" heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge usw. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43

Herr W. Feldmann, der als herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleistet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben" von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch polnischen Verständigung" von K. v. Srokowski . .

Kieler Zeitung, Nr. 307, 1916:

„Die Polnischen Blätter, die seit Kurzem in Berlin erscheinen, . . . vertreten die Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen der Polen in dieser Entscheidungszeit."

Ostmärkische Kultur, 1916, Heft 1:

Wertvoll sind die Aufsätze, die die im Verlage von Karl Curtius, Berlin W. 35, herausgegebene Zeitschrift „Polnische Blätter" bringt.

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären.

Strassburger Post, 28. Dezbr. 1915:

Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich anstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht. Wer an dem politischen und nationalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnichen Blätter". Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916.

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhältnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber".

Die Welt am Montag, 21. August 1916

„Es ist mit Dank zu begrüssen, dass die in Berlin seit fasst Jahresfrist erscheinende Zeitschrift „Poln. Bl." uns . . . einen Einblick in die Haltung eines bestimmten Teiles des Polentums eröffnet. Polen geben die Zeitschrift heraus, deutschfreundlich natürlich, jedoch Männer, denen in erster Linie die bestmögliche Zukunft ihrer eigenen Nation am Herzen liegt".